



Rechenschaftsbericht 2014–2019

# Bilanz der FDP im Europäischen Parlament

[fdp-in-europa.de](http://fdp-in-europa.de)

**alide**  
ALLIANCE OF LIBERALS AND  
DEMOCRATS FOR EUROPE

**Freie  
Demokraten**  
im Europäischen  
Parlament  **FDP**

Rechenschaftsbericht 2014–2019

---

# Bilanz der FDP im Europäischen Parlament

---

---

© 2019 Gruppe der FDP im Europäischen Parlament

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation oder Teile der Publikation dürfen nicht ohne die schriftliche Genehmigung des Herausgebers vervielfältigt, in Datenbanken gespeichert oder in irgendeiner Form übertragen werden. Diese Publikation ist eine Information der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament und darf nicht für Wahlwerbung verwendet werden.



Vorwort

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Nach den 'fetten' Jahren 2009–2014 mit zwölf Abgeordneten, damit neben den Briten der größten und bedeutendsten Delegation in der ALDE-Fraktion, standen Alexander Graf Lambsdorff, Michael Theurer und ich nach der Europawahl 2014 vor ganz neuen Herausforderungen. Denn auch wenn wir uns mit der österreichischen NEOS-Kollegin Angelika Mlinar und der Freien Wählerin Ulrike Müller zu einer deutschsprachigen Gruppe zusammenschlossen, hatten die Spanier, die Belgier, die Franzosen und die Niederländer uns zahlenmäßig überholt. Gemessen daran gelang es uns, dennoch gute Positionen zu besetzen und uns als eingespieltes Team inhaltlich stark einzubringen.

Alexander Graf Lambsdorff bestimmte als Vizepräsident des Parlaments, anerkannter Außen- und Handelspolitiker, Wahlbeobachter und Kämpfer für Menschenrechte und Digitalisierung und gefragter Medienvertreter für die FDP die Richtung entscheidend mit. Michael Theurer vertrat uns in allen Wirtschafts-, Mittelstands- und Finanzfragen, bekämpfte in vier Untersuchungsausschüssen Steuerhinterziehung und wirkte auch als Vorsitzender der Delegation für Australien und Neuseeland an wichtigen Schaltstellen mit. Ich arbeite bis heute in drei großen gesetzgebenden Ausschüssen an praxisverträglichen Lösungen, 'beobachte' die Ausschüsse für Landwirtschaft und Fischerei und vertrat den Parlamentspräsidenten als seine Sondergesandte für Meerespolitik auf internationalen maritimen Konferenzen. Als Mitglied

in zwei Untersuchungsausschüssen konnte ich dazu beitragen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse mehr Beachtung finden.

Der erfreuliche Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag 2017 sprengte dann unser Trio: Alexander Graf Lambsdorff und Michael Theurer wechselten nach Berlin. Die gute Nachricht: mit Nadja Hirsch und Wolf Klinz rückten zwei erfahrene Abgeordnete aus dem letzten Mandat nach. Nadja Hirsch folgte auf Alexander Graf Lambsdorff und übernahm mit seinen Ausschüssen die Federführung für die Beziehungen zur Türkei und das Freihandelsabkommen mit Japan. Ein Wechsel in den Binnenmarktausschuss ermöglichte dann die Mitarbeit an ihren Spezialthemen Startups und Datenschutz. Wolf Klinz konnte mit der Übernahme der Ausschüsse von Michael Theurer und der Aufgaben im Sonderausschuss zu Steuerfragen gleich seine langjährige berufliche und parlamentarische Expertise auf dem Feld Wirtschaft und Finanzen einbringen – auch im FDP-Präsidium.

Politisch erlebten wir in dieser Wahlperiode rauere Zeiten: eine wachsende Zahl rechtsnationaler Europagegner im Parlament mit der Front National, den UKIPs, der Lega Nord, um nur einige zu nennen – dadurch nahm auch der Ton in den Debatten an Schärfe zu. Die AfD zog ein, Orbans Fidesz erstarbte – das Parlament konterte mit dem Beschluss, ein Strafverfahren gegen Ungarn zu starten. Positiv: die Pro-Europäer rückten im Parlament näher zusammen,



Bewegungen wie 'Pulse of Europe' entstanden, und laut Eurobarometer waren die Menschen im Januar 2017 so zufrieden mit der Union wie schon lange nicht mehr. Der Beschluss der Kommission, erstmals in einem ausführlichen 'Fitnesscheck' alle Gesetze der Reihe nach zu überarbeiten und nach dem Prinzip 'Better Regulation' alle neuen Gesetzes-Vorschläge auf ihre Sinnhaftigkeit hin zu testen, schlägt positiv zu Buche. Aber auch dies konnte die Briten nicht davon abhalten, mehrheitlich für den Brexit zu stimmen. Seitdem bestimmten die zähen Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU maßgeblich nicht nur die Arbeit in Kommission und Rat, sondern auch in allen Ausschüssen des Parlaments – im Verkehrsausschuss hatten wir allein vier lange Anhörungen zu den möglichen Auswirkungen auf Verkehrsflüsse auf Straße, Schiene, Luft- und Wasserweg. Klar war von Beginn an, dass die EU den Briten keinerlei Rabatt geben kann, Austritt ist Austritt – sonst hätte das leicht Nachahmer in anderen Ländern gefunden.

Die gemeinsame europäische Asyl- und Einwanderungspolitik wie auch die Dublin-Reform hätten schon im vorigen Mandat verabschiedet werden können, wenn es nach Kommission und Parlament gegangen wäre, gescheitert ist es am Rat. Viel Leid und politische Turbulenz hätten dadurch verhindert werden können, und die rechtsnationalen Bewegungen hätten auch weniger Auftrieb bekommen. Immerhin konnten in diesem Mandat nach zähen Verhandlungen fünf Gesetze

des Asylpakets verabschiedet werden. Dauerbrenner war und ist auch die Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten, trotz Stabilitätskriterien und eigentlich automatischen Sanktionsmechanismen bei zu hoher Neuverschuldung. Die Wahl von Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten und sein Ausstieg sowohl aus TTIP als auch aus den Pariser Klimazielen führten dazu, dass die EU sich andere Verbündete für Freihandelsabkommen suchte und eine stärkere Rolle beim Klimaschutz einnahm.

Europa durchläuft schwierige Zeiten, der Zusammenhalt der Mitgliedstaaten wird immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Auch in der nächsten Wahlperiode gibt es für uns Freie Demokraten viel zu tun. Das Vertreten liberaler Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte, Datenschutz und soziale Marktwirtschaft sind wichtiger denn je. Lassen Sie uns gemeinsam auf allen Ebenen daran arbeiten, ganz im Sinne von Hans-Dietrich Genscher: Unsere Zukunft ist Europa – eine andere haben wir nicht!

Ihre

Gesine Meißner

Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament



# Gesine Meißner

Mitglied des Europäischen Parlaments  
Sondergesandte für Meerespolitik



Vielseitig thematisch aktiv war ich schon in meiner 1. Amtsperiode, jetzt kamen nach unserem 'Schrumpfen' von zwölf auf drei Abgeordnete ab 2014 noch weitere Themen dazu: zu der Verkehrspolitik der Umweltausschuss mit Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit und der Industriausschuss mit Energie, Forschung, Innovation und Digitalisierung. Neben den parlamentarischen Delegationen für Mexiko, Lateinamerika und ALDELAT rundeten die Untersuchungsausschüsse für Abgasmessungen und Pestizidzulassung, mein Engagement im Bundesvorstand, im ALDE-Council, für die Liberalen Frauen und im 'Women-Empowering'-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung, später der Delegationsvorsitz und natürlich die von mir gegründete sehr aktive Meeresgruppe SEARICA das Bild ab. Eine Mammutaufgabe, bei der ich viel lernen und für liberale Positionen kämpfen konnte, die ich aber ohne mein ausgezeichnetes Team nie hätte bewältigen können – herzlichen Dank dafür!

## Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (SEARICA)

Nach einer erfolgreichen Kampagne gründete ich 2015 gemeinsam mit Abgeordneten aus anderen europäischen Küstenregionen die interfraktionelle Arbeitsgruppe Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (SEARICA). Inzwischen gehören ihr 90 Abgeordnete aus fast allen Fraktionen des Europäischen Parlaments an. Als Präsidentin habe ich in den vergangenen Jahren über 50 Konferenzen ausgerichtet, an denen viele Kommissare und über 5.000 Besucher teilnahmen. Da es keinen Meeres-Ausschuss im Europäischen Parlament gibt, kommt SEARICA eine entscheidende Rolle zu, maritime Themen umfassend zu behandeln.

So konnten wir beispielsweise die Finanzierung für ein Pilotprojekt zu Meeresbildung sicherstellen, Innovationen maritimer Industrie erörtern und die Diskussion um Plastikverschmutzung im Meer vorantreiben. In Kooperation mit der Europäischen Kommission und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung gelang es mir, passend zur Europäischen Plastikstrategie die aus mehreren umfunktionierten Schiffscontainern bestehende Ausstellung Ocean Plastics Lab für zehn Tage vor das Parlament in Brüssel zu holen. Über 8.000 Besucher, darunter viele Schulklassen, konnten wir verzeichnen. Dementsprechend war die Ende 2018 beschlossene Richtlinie zu einer drastischen Reduzierung der Einwegartikel aus Plastik ein großer Erfolg, um das sensible Ökosystem der Ozeane besser zu schützen.



12. Juli 2017: Besichtigung eines multimodalen Containerterminals in Antwerpen

## Blaue Wirtschaft

Die Gesundheit der Meere ist für unseren Planeten und die Menschheit von entscheidender Bedeutung, nicht nur weil wir und 140 Millionen Tonnen Fisch und Meeresfrüchte pro Jahr konsumieren. Allerdings sind viele Bestände stark überfischt, weshalb ich mich für eine konsequente Umsetzung der Fischereireform mit dem Ziel einer nachhaltigen Fischerei einsetze. Wirtschaftliche Nutzung und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen ist die große Aufgabe der europäischen integrierten Meerespolitik. Die Meere und Ozeane haben enormes wirtschaftliches Potential, über 90 Prozent der Güter aus der EU werden auf dem Seeweg exportiert und die 'blaue Wirtschaft' entwickelt sich ständig weiter. Schon heute sind die wichtigsten Industriezweige der maritimen Wirtschaft nicht mehr Fischerei und

Schiffbau, sondern Tourismus und Offshore-Energiegewinnung. Angesichts der zunehmenden Ressourcenknappheit ist zudem klar, dass die Meere als Rohstoffquelle eine noch größere Rolle spielen werden.

### Forschung und Innovation

Der Schlüssel zu europäischer Wettbewerbsfähigkeit liegt in Forschung und Innovation. In vielen Bereichen ist die EU führend. Ziel ist es, diese Position zu erhalten oder – noch besser – auszubauen. Medizinische Forschung geht nicht ohne Tierversuche, das war Fazit meiner Konferenz zum Thema. KMUs brauchen besseren Zugang zu Fördertöpfen für Innovation. Weltraumprojekte wie Galileo oder Copernicus liefern schon jetzt viele Daten für Verkehr, Wetter,

Schiffsverkehr und Erdbeobachtung inklusive der Weltmeere. Allerdings wissen wir mehr über den Weltraum als über die Tiefsee. Daher setzte ich mich beim Forschungsprogramm Horizon Europe für Meeresforschung und eine Mission: healthy ocean ein.

### Entsorgung von Schiffsmüll in europäischen Häfen

Ein Teil des Mülls, der im Meer schwimmt oder an unseren Stränden angespült wird, wird von Schiffen über Bord geworfen. Als Berichterstatterin habe ich ein System eingeführt, mit dem Schiffe ihren Müll bei jedem Stopp an einem EU-Hafen ordnungsgemäß entsorgen. Weiterfahrt ohne Müllabgabe ist nur in Ausnahmefällen möglich. Die Müllgebühren werden automatisch mit den Hafengebühren eingezogen, so dass man keinen Cent spart, wenn man den Müll auf See abwirft. Auch Müll, der als Beifang in den Netzen von Fischern landet, wird von dem neuen Gebührensystem abgedeckt. Denn wenn die Fischer diesen ungewollten Beifang an Land entsorgen, sollen sie dafür nicht auch noch bezahlen müssen.

### Einheitliche Regeln für die Ausbildung von Binnenschiffern in Europa

In Zukunft kann ein Matrose, der seinen Beruf auf dem Rhein gelernt hat, ohne Probleme auch auf anderen europäischen Flüssen fahren. Situation bislang: Die Wasserschutzpolizei kann bei der Vielzahl der Zeugnisse in allen möglichen Sprachen nicht überprüfen, ob das Personal an Bord überhaupt ausreichend ausgebildet ist. Das ist ein Problem, denn bei dem dichten Verkehr auf dem Rhein möchte niemand einen Zusammenstoß mit einem Tankschiff mitten in Köln erleben. Als Berichterstatterin habe ich gemeinsame Ausbildungsstandards für Binnenschiffer in der EU erarbeitet. Das soll helfen, den Sektor zu modernisieren und den Beruf für den Nachwuchs attraktiver zu machen, der dringend gebraucht wird. Denn das durchschnittliche Alter der Binnenschiffer liegt heute bei 55 Jahren.

### Weniger Plastikmüll im Meer

Quelle: Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

Über **150 Millionen Tonnen** Plastikmüll belasten mittlerweile unsere Meere

Schätzungen zufolge landen jedes Jahr **4,8 bis 12,7 Millionen Tonnen** Plastik im Meer



10. April 2018: Ausstellungseröffnung 'Ocean Plastics Lab' u.a. mit Michael Meister (Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF, 3. v.l.), James Honeyborn (ausführender Produzent von 'Blue Planet', 2. v.r.) und Lieve Wierinck, ALDE MdEP (rechts)



**Meeresforschung gehört auf die politische Agenda, denn 50 Prozent des Sauerstoffs kommen aus dem Ozean. Wir wissen immer noch mehr über den Mond als über die Tiefsee.**

### Fairere Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr (1. Mobilitätspaket)

Es ist das umstrittenste Gesetzespaket, das ich während meiner zehn Jahre im Verkehrsausschuss je erlebt habe. Es geht um neue Sozialvorschriften für LKW-Fahrer, die die Arbeitsbedingungen der Fahrer verbessern sollen und gleichzeitig den Wettbewerbsvorteil der Niedriglohnländer in Osteuropa verringern. Die meisten Fraktionen waren daher völlig gespalten je nachdem, ob die nationalen Unternehmen von den neuen Regeln profitieren würden oder nicht.

Ab wann hat ein LKW-Fahrer Anrecht auf den nationalen Mindestlohn des Gastlandes? Ich habe mich immer für eine praktikable Lösung eingesetzt. LKW-Fahrer durchqueren am Tag mehrere Länder und die Unternehmen können nicht für jeden gefahrenen Kilometer einen neuen Mindestlohn berechnen.

Damit übermüdete LKW-Fahrer keine Gefahr für uns alle werden, gibt es EU-Vorgaben über maximale Fahrzeiten und die dazugehörigen Pausenzeiten. Als Schattenberichterstatterin war ich an der Überarbeitung dieser Regeln beteiligt, wobei der große Streitpunkt war, ob LKW-Fahrer längere Ruhezeiten weiterhin in ihrer Kabine verbringen können oder ein Hotel nehmen müssen. Auch hier brauchen wir realistische Vorgaben. Wichtig ist die neue Verpflichtung, dass ein Fahrer alle drei oder vier Wochen nach Hause kommen muss. Heute leben manche Fahrer monatelang in ihrem LKW. Außerdem setzte ich mich für mehr Flexibilität bei Busfahrern ein. Passagiere und Busfahrer brauchen besondere Pausenregelungen.

### Emissionshandel

Bei den Vorgaben für die nächste Handelsperiode des Emissionshandels war es mir neben dem Hauptanliegen Klimaschutz wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie zu schützen. Es nützt dem Klima schließlich nichts, wenn Anlagen mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Drittstaaten abwandern, in denen weniger für den Klimaschutz getan wird. Bei den Diskussionen um den CO<sub>2</sub>-Preis habe ich vehement darauf hingewiesen, dass nicht der Preis ausschlaggebend ist, sondern die jährlich reduzierte Gesamtmenge der Zertifikate. Nur so wird sichergestellt, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß tendenziell sinkt, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist ein marktbasierendes System und keine CO<sub>2</sub>-Steuer. Deshalb hat die FDP im Europäischen Parlament künstliche Eingriffe, wie 'Backloading' oder die 'Marktstabilitätsreserve', abgelehnt.

### Meine erreichten

### Ziele



#### Weniger Müll im Meer

Die Abgabe von Schiffsmüll in Häfen wird **neu geregelt**. Einwegprodukte aus Plastik werden **reduziert und ersetzt**.



#### Sondergesandte für Meerespolitik

Dieser erstmals verliehene Titel ermöglichte mir die Initiative zu der **ersten hochrangigen maritimen Konferenz** im Plenarsaal.



#### Innovation auf die Straße

Als ständige Berichterstatterin für innovative Verkehrssysteme konnte ich **mehr Sicherheit und Effizienz** durch vernetztes Fahren auf den Weg bringen.



#### EU-Investitionsprogramm

Erfolgreiche Einführung von InvestEU: Die **blaue Wirtschaft** kann in der Zukunft erstmals auch durch das neue Programm finanziert werden.



#### Zeitumstellung im Fokus

Protagonist der ALDE für die **Abschaffung der Zeitumstellung** – jetzt sind die Mitgliedstaaten gefragt.



## Presse

### Rückblick

»

*Abgeordnete im Europaparlament werfen der Kommission vor, über die Arbeitsgruppe den Ausstieg aus der Kohleenergie durch die Hintertür zu betreiben. „Eine rein technische Frage wird instrumentalisiert, um politische Ziele durchzusetzen“ sagte Gesine Meißner, umweltpolitische Sprecherin der FDP.*

**Handelsblatt** | 27. April 2017  
zur Emissionen aus Braunkohlekraftwerken

»

*Etliche Menschen leiden körperlich an der Zeitumstellung. Nach einer Langzeitstudie der Krankenkasse DAK gebe es 25 Prozent mehr Herzinfarkte, 12 Prozent mehr Depressionen und 15 Prozent mehr Krankmeldungen nach der Umstellung auf die Sommerzeit und große Probleme für chronisch Kranke.*

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** | 9. Februar 2018  
zur Zeitumstellung

»

*Gesine Meißner bedauerte das Ergebnis der Abstimmung. Die öffentliche Debatte sei „auf der Basis von Emotionen und Panikmache statt wissenschaftlicher Informationen geführt“ worden.*

**Focus Online** | 13. April 2016  
zu härteren Auflagen für Glyphosat

»

*FDP-Europa-Abgeordnete Gesine Meißner übte Kritik an der Ermittlung der deutschen Recycling-Quote. „In der Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten, auch Deutschland, an dieser Stelle sehr kreativ gearbeitet und bessere Recyclingquoten ermittelt als gerechtfertigt waren.“*

**ntv** | 19. Mai 2018  
zu Recyclingquoten

»

*If the United Kingdom would stay in the EU, it would be the best outcome for all of us.*

**BBC Radio Kent** | 16. Januar 2019  
zu Brexit

### Medizinprodukte-Verordnung: Umsetzung, Benannte Stellen und Brexit

Gerade wenn wieder neue oder alte Skandale um fehlerhafte Medizinprodukte aufgeköchelt werden ist es besonders wichtig darauf hinzuweisen, dass wir ab 2020 sehr viel strengere Zulassungsvorschriften für Medizinprodukte haben werden. An der Überarbeitung der Verordnungen für Medizinprodukte (vom Heftpflaster und Skalpell bis zum Herzschrittmacher) und In-Vitro-Medizinprodukte (also alles, was im Labor benötigt wird) habe ich für die Liberale Fraktion mitgewirkt.

Um lange Zulassungszeiten für dringend nötige innovative Medizinprodukte zu vermeiden, was die Folge der von der SPD-Berichterstellerin vorgeschlagenen Zentralisierung gewesen wäre, haben wir eine dezentrale Zulassung über sogenannte 'benannte Stellen' in den Mitgliedsstaaten durchsetzen können. Leider hinkt die Kommission bei der Umsetzung hinterher, obwohl sie das öffentlich natürlich nicht sagt. Eine schnelle Umsetzung ist aber äußerst wichtig, schließlich hat die Patientensicherheit oberste Priorität.

### Bewertung von Gesundheitstechnologien

Die Kommission hat vorgeschlagen, die Bewertung von Arzneimitteln nur ein Mal für alle EU-Mitgliedsstaaten statt in jedem Land einzeln durchzuführen. Der Gedanke leuchtet ein, jedoch muss sichergestellt sein, dass die Kompetenz der Mitgliedsstaaten, also alles was die Entscheidung zur Kostenerstattung angeht, in jedem Fall gewahrt wird.

### CO<sub>2</sub>-Gesetzgebung für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge

Bei der letzten Diskussion um neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte war es mir besonders wichtig, die Technologieneutralität zu wahren. Statt einen Technologieumbruch zu Elektromobilität zu erzwingen, müssen wir auch alternative Antriebe oder Kraftstoffe gleichermaßen berücksichtigen. Aus diesem Grund hat sich die FDP generell gegen neue Grenzwerte positioniert, wir haben sie im EP gänzlich abgelehnt. Eine Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel wäre der sinnvollere Weg.

Leider konnte sich eine Koalition von Sozialdemokraten inklusive Linken und Grünen durchsetzen und wir haben nun strengere Grenzwerte auf dem Tisch. VW hat folglich Stellenabbau angekündigt und andere Hersteller folgen.

### Technologieneutrale Energiewende: eine Chance auch für blaue Energie

Ab 2030 müssen 32 Prozent unseres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen. Das wurde dieses Mandat als Teil des Legislativpakets 'Saubere Energie für alle Europäer' verabschiedet. Neben ausgereifteren Technologien wie z.B. Solar- und Windenergie bietet dies auch eine große Chance für Energie aus dem Ozean. Gerade für Küstenregionen hat das Meer durch Offshorewind, Wellen, Tidehub und Unterschiede zwischen Salz- und Süßwasser viel zu bieten an 'blauer' Energie. Wir Liberalen haben erreicht, dass die 'blaue' Wirtschaft künftig auch durch das neue Programm InvestEU finanziert werden kann.



12. April 2018: 4th Energy Summit Brüssel – mit Karmenu Vella, als Kommissar zuständig für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei, habe ich in den vergangenen Jahren eng zusammengearbeitet, um eine nachhaltige blaue Wirtschaft in Europa voranzubringen

Entscheidend für die Energie der Zukunft ist Technologieneutralität, damit sich die beste Variante durchsetzt und sich die unterschiedlichen Regionen anhand ihrer Möglichkeiten entwickeln. Außerdem ist der Ausbau einer passenden Infrastruktur unabdingbar für den Ausbau von erneuerbaren und alternativen Energien – die Energie muss beim Verbraucher und Produzenten auch ankommen.

Wenig sinnvoll ist die Forderung, dass die EU bis 2030 um 32,5 Prozent energieeffizienter werden soll. Das Einsparen von Energie ist sinnvoll und trägt zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei. Allerdings ist ein zusätzliches verbindliches Ziel zur Energie-Effizienz und damit Emissionsreduktion kontraproduktiv, denn es steht im Konflikt zum Emissionshandel, dem eigentlichen Instrument zur Emissionsreduktion.

### Digitalisierung: Innovation und Datenschutz unter einen Hut bringen

Innovation zu fördern ohne den Schutz der Privatsphäre zu gefährden ist die große Herausforderung der Digitalisierung. Wir Liberalen

haben uns immer für starken Datenschutz eingesetzt, und so soll es auch bleiben. Da digitale Innovation auf eine intensive Datennutzung baut, ist es wichtig, Datenschutz dem digitalen Zeitalter anzupassen. Wir brauchen einen ausgewogenen Ansatz, der gleichzeitig die Privatsphäre des Nutzers achtet und damit sein Vertrauen in die digitale Wirtschaft bestärkt und innovative Geschäftsmodelle nicht abwürgt. Die Schaffung der Datenschutzgrundverordnung und der damit verbundenen Verordnung zum Schutz personenbezogener Daten sind ein unbestrittener Erfolg, selbst wenn es bei der Umsetzung insbesondere KMUs und kleinen Vereinen Schwierigkeiten bereitet.

### Kurzvita

Gesine Meißner, geboren 1952 in Uelzen, wuchs auf einem Bauernhof in der Lüneburger Heide auf. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Hotelkauffrau auf Teneriffa und ein Studium für das Berufsschullehramt Sek II in München und Hannover.

Beruflich im Einsatz war sie im Hotelmanagement in München, 1980–1993 als stellvertretende Direktorin der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen, ab 1993 als selbständige Kommunikationstrainerin.

Seit 1985 aktiv bei der FDP, wurde sie 2003 Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags und war dort bis 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Wohnungsbau. Seit 2009 ist sie Mitglied des EU-Parlaments, seit 2015 Präsidentin der fraktionsübergreifenden parlamentarischen Gruppe Meere, Flüsse, Inseln und Küstengebiete ([www.searica.eu](http://www.searica.eu)), seit 2018 Sondergesandte des Parlamentspräsidenten für Meerespolitik (Special Envoy on Maritime Policy) und Vorsitzende der Delegation der FDP im Europäischen Parlament. Zudem ist sie Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika.

Privat engagiert sie sich in Gremien und Vorständen sozialer Verbände.

### Kontakt

Gesine Meißner | Europäisches Parlament  
ASP 086310 | 60, rue Wiertz | 1047 Brüssel | Telefon +32 2 28 45578  
[gesine.meissner@ep.europa.eu](mailto:gesine.meissner@ep.europa.eu)

-  [gesine-meissner.de](http://gesine-meissner.de)
-  [Gesine.Meissner.Europa](https://www.facebook.com/Gesine.Meissner.Europa)
-  [gesine\\_meissner](https://twitter.com/gesine_meissner)

## Nadja Hirsch

Mitglied des Europäischen Parlaments



Seit November 2017 bin ich für die FDP zurück im Europäischen Parlament. Welche Themen ich in den kommenden anderthalb Jahren angehen wollte, war mir schnell klar. In meiner Zeit außerhalb des Parlaments hatte ich die Gelegenheit, bei verschiedenen Stationen in der freien Wirtschaft neue Erfahrungen zu sammeln, die ich nun in meine parlamentarische Arbeit einbringen konnte. Denn im Ausschuss für Binnenmarkt geht es genau darum: einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen, damit unsere europäischen Innovationen auch in Europa groß werden können! So können wir das Versprechen Europas, ein Chancenkontinent zu sein, wiederbeleben. In diesen und viele weitere Aspekte meiner Arbeit im Europäischen Parlament möchte ich Ihnen im Folgenden einen Einblick verschaffen.

### Digitalisierung in Binnenmarkt und Freihandel

Die Digitalisierung bietet Europa enorme Chancen. Entwicklungen bei eHealth, eCommerce oder das Aufkommen von neuen Geschäftsmodellen wie FinTechs lassen neue hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen. In meiner Arbeit im Ausschuss für Binnenmarkt (IMCO) habe ich darauf geachtet, dass die Europäische Union keine zusätzlichen Hemmnisse und Hürden für einen digitalen europäischen Binnenmarkt aufbaut, die zukunftsgestaltende Innovationen behindern, sondern dass im Gegenteil bestehende Hindernisse reduziert werden.

Digitalisierung wird auch im internationalen Handel immer wichtiger, was sich in meiner Arbeit im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) widerspiegelt. So habe ich mit Kollegen in den vergangenen Monaten an einer Strategie für den digitalen Handel gearbeitet. Der Bericht dazu, 'Auf dem Weg zu einer Strategie für den digitalen Handel', den meine Fraktionskollegin Marietje Schaake verfasst hat, wurde 2017 vom Europäischen Parlament beschlossen. Wir haben die Absicht verfolgt, die Handelsabkommen der EU digitalisierungsfest zu machen. Auf unser Betreiben hin konnte verankert werden, dass die Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen in der digitalen Wirtschaft gezielt verbessert werden müssen. Grundvoraussetzungen dafür sind unter anderem die Einhaltung der Netzneutralität und praktikable und umsetzbare Datenschutzregeln.

### Die größte Freihandelszone der Welt

Zu den größten Erfolgen des vergangenen Jahres kann besonders das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und



12. Dezember 2018: Abstimmung im Handelsausschuss zum EU-Japan-Freihandelsabkommen

Japan gezählt werden. Als ALDE-Berichterstatterin zu Japan im Handelsausschuss führte ich mit Vertretern von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort Gespräche über das Abkommen. Es ist gelungen, hohe Schutzstandards bei den Herkunftsbezeichnungen von EU-Produkten durchzusetzen. Japan hat auf Druck der EU zudem eingewilligt, eine nationale Gesetzgebung gegen den illegalen Holzschlag zu verabschieden – ein überfälliger Schritt. Arbeits- und Verbraucherschutz sind fest im Text verankert. Bei aller Zustimmung nehme ich auch die Kritik am Abkommen sehr ernst. Die Frage nach der Ausgestaltung des Investitionsschutzes ist unbeantwortet: Wir Liberale fordern einen ständigen Internationalen Investitionsgerichtshof und dulden keinen Rückschritt von den hohen Standards des CETA-Abkommens. Das Ergebnis der jüngst abgeschlossenen Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung eines angemessenen Datenschutzniveaus (Angemessenheitsentscheidung) wollen wir parlamentarisch genauestens überprüfen.



Das EU-Japan-Abkommen ist ein lautes und eindeutiges Signal an die Trump-Regierung, dass freier Handel irrationaler Protektionismus und schädlicher Abschottung vorgezogen wird. Am 12. Dezember 2018 war es schließlich soweit, das Europäische Parlament ratifizierte das Abkommen mit großer Mehrheit. Durch das Inkrafttreten des Abkommens am 1. Februar 2019 ist die bislang größte Freihandelszone der Welt geschaffen worden.

### Demokratie und Rechtsstaat verteidigen

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, die gerade heute immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss. Für alle Mitgliedstaaten der EU gilt: Die Würde des Menschen, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich des Schutzes von Minderheiten, müssen ausnahmslos gewahrt sein.

Einige Regierungen rücken leider immer mehr von der gemeinsamen Wertebasis der Europäischen Union ab. So habe ich mich im Europaparlament dafür stark gemacht, dass ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages gegen Viktor Orbáns Regierung eingeleitet wird. Entscheidend ist, dass sich diese Maßnahme explizit nicht gegen die ungarische Bevölkerung richtet.

Im September 2018 forderte das Europäische Parlament schließlich den Rat der EU-Mitgliedstaaten auf, dieses Rechtsstaatsverfahren einzuleiten, um die Grundrechte, Demokratie wie Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit zu schützen. Während eine klare Mehrheit der EU-Abgeordneten für unsere europäischen Werte eintrat, verweigerte die CSU die Unterstützung und stellte sich demonstrativ hinter ihre EVP-Parteikollegen der ungarischen Fidesz-Partei: Der Fraktionsvorsitzende der EVP, Manfred Weber, stimmte als einziger CSUler zwar für Artikel 7, aber auch nur deshalb, weil er seine Chancen auf das Kommissionspräsidentenamt nicht schmälern wollte. Zuvor hatten der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Martin

Hagen und ich die CSU in einem offenen Brief dazu aufgefordert, sich klar gegen Orbán und für Europa zu positionieren.

### Bürgerrechte analog und digital schützen

Datenschutz und Bürgerrechte sind Teil meiner liberalen DNA und werden immer ein wichtiger Bereich meiner politischen Arbeit sein. Viel hat sich auch in diesem Bereich in den letzten anderthalb Jahren getan. Sicherheit, nämlich den Schutz der Persönlichkeitsrechte unserer Bürger, zu gewährleisten, war beim Europäischen Reiseinformativ- und Genehmigungssystem (ETIAS) Schwerpunkt meiner Arbeit. Es war ein liberaler politischer Erfolg, dass weder sensible Gesundheitsdaten noch berufliche Umstände spezifisch abgefragt werden, genauso wenig wie Zwischenstopps an europäischen Flughäfen. Für mich war es entscheidend, durchsetzen zu können, dass Ermittlungsbehörden keinen Blankoscheck beim Zugriff auf die erhobenen Daten erhalten: Bei Verdacht auf Sicherheitsrisiken muss zuvor ein Abgleich mit dem Entry/Exit-System (EES) erfolgen.

Zur Ausübung von Bürgerrechten gehört auch die Möglichkeit sich frei zu äußern. Die Meinungsfreiheit ist kein 'Recht zweiter Klasse'. Und so war es kein guter Moment für die Meinungsfreiheit sowie das freie und innovative Internet, als das Europäische Parlament die Einführung von Uploadfiltern erlaubt hat. Viele Kollegen und ich haben im Vorfeld wiederholt betont, dass Europa die heftige Kritik an der geplanten Einführung von Uploadfiltern von Bürgerinnen und Bürgern, der Gründerszene und der Zivilgesellschaft ernst nehmen muss. Wir Liberale in Europa sind enttäuscht darüber, dass unverhältnismäßigen Zensur- und Überwachungsinstrumenten keine Absage erteilt wurde. Durch den Aufbau einer Zensur-Infrastruktur wird die Büchse der Pandora geöffnet! Die knappe Entscheidung für die Urheberrechtsreform schwächt den Digitalstandort Europa und unsere digitalen Bürgerrechte, ohne dass Kreative wirklich davon profitieren werden.



13. Juni 2018: Protestaktion zum Jahrestag der Istanbul Convention gegen Gewalt an Frauen

### Wir brauchen eine Europäische Asyl- & Migrationspolitik



**Für uns Freie Demokraten ist Chancengerechtigkeit zentral. Ich will das Versprechen Europas, ein Chancenkontinent zu sein, erneuern.**

Bereits 2012 überarbeitete das Europäische Parlament die gesamte europäische Asylgesetzgebung, damals war ich die Berichterstatterin für die liberale Fraktion. Schon damals konnten wir in der Überarbeitung einige Missstände ausmachen, die zu Problemen führen sollten. Doch leider blockierten die Mitgliedsstaaten eine weitergehende Regelung, so auch das deutsche Innenministerium unter Hans-Peter Friedrich (CSU). Schon damals galt die Dublin-Regulierung als gescheitert. Das Europäische Parlament sprach sich auf meine Initiative hin für die Einführung eines gemeinsamen europäischen Verteilungsschlüssels aus. 2017 machte das Parlament einen Schritt

### Meine erreichten

### Ziele



Verhandlung und Ratifizierung des EU-Japan-Freihandelsabkommens



Reduzierung der Beitrittsgelder an die Türkei



Förderung eines Rechtsstaatsverfahrens nach Art. 7 gegen die ungarische Regierung Viktor Orbán durch das EU-Parlament



Weiterentwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems



Eine digitale Offensive für Europa bei gleichzeitigem Schutz von Bürgerrechten



zurück, um den Mitgliedsstaaten die Chance auf eine Einigung zu geben. Zeitgleich wurden die Richtlinien noch einmal überarbeitet. Bei diesen wurden deutliche Fortschritte in der Optimierung des Asylverfahrens und bei der Unterbringung von Asylsuchenden erzielt. Daher ist das in der Öffentlichkeit verbreitete Bild der Handlungsfähigkeit im Bereich Asylpolitik schlichtweg falsch.

Ebenso wie in Deutschland haben wir uns auch über das Thema Arbeitsmigration Gedanken gemacht. Zuwanderung in Form von Arbeitsmigration liegt in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Allerdings stellt die Europäische Union den Mitgliedsstaaten ein Instrument zur Verfügung: die Blue Card. Angelehnt an die US-amerikanische Greencard gibt es sie seit 2013. Insgesamt wurden allerdings EU-weit nur 50.000 Blue Cards in den letzten fünf Jahren ausgegeben. Daher hat das Europäische Parlament die Überarbeitung angestoßen.

Ich freue mich zusammen mit meiner liberalen Fraktion bei den Themen der Asyl- und Migrationspolitik Taktgeber sowohl für nachhaltige, als auch inhaltlich zielführende Lösungen sein zu dürfen.

### Schattenberichterstatterin zur Türkei

Die zentrale Aufgabe der von den Fraktionen bestimmten Berichterstatter für die Türkei ist das Verfassen des Parlamentsberichtes zum jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der türkischen Republik unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan waren sicherlich noch nie so schlecht wie heute.

## Presse

### Rückblick

„Politik für den Stammtisch, aber nicht für unser Land“ wirft Nadja Hirsch der CSU vor. Mit billigen Symbolen solle den Bürgern eine Problemlösung vorgegaukelt werden: „Grenzkontrollen an der bayerisch-österreichischen Grenze helfen bei den eigentlichen Herausforderungen durch Flucht und Migration so viel wie Schwimmglocken in der Wüste. Als Liberale setzen wir auf einen vernünftigen Schutz der EU-Außengrenzen, damit die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums garantiert werden kann.“

Passauer Neue Presse | 28. Februar 2018  
JuLi-Bekanntnis zu Schengen

„Wir brauchen jetzt einen Vorstoß aller Staaten, die gewillt sind, ankommende Flüchtlinge unter sich zu verteilen. Ein gestärktes europäisches Asylbüro könnte Verfahren effizienter und fairer durchführen. Zudem kann ein gemeinsames System familiäre Bindungen und Sprachkenntnisse berücksichtigen, die bei längerfristigen Aufenthalten einen positiven Effekt auf die Integration hätten.“

taz | 21. Juni 2018  
Erneutes Versagen der CSU  
Gastkommentar zur Europäischen Asylpolitik

„Nachdem die 'Irrfahrt Brexit' mit falschen Versprechungen und Lügen begonnen hat, ist es nur legitim und richtig die Menschen noch einmal abstimmen zu lassen: EU-Verbleib, das vorliegende Verhandlungspaket oder harter Brexit. Für Europa wäre ein Brexit ein Verlust – ein menschlicher, politischer und wirtschaftlicher. Sollte es aber zu diesem kommen, werden wir ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in die Wege leiten. Das kann gerne mal einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren in Anspruch nehmen. Weitere unsichere Jahre für die Menschen auf der Insel. 'Keep calm and carry on' gilt dann schon lange nicht mehr.“

Abendzeitung | 14. Januar 2019  
Brexit: Auf verlorenem Kurs  
AZ-Gastbeitrag von Nadja Hirsch

„Gerade im letzten halben Jahr wurde doch überdeutlich, dass Europa mit einer Stimme sprechen muss, um wirtschaftspolitisch eine Rolle zu spielen. Oder wir zerfallen – und die Welt wird unter diesen drei Großmächten (USA, China, Russland) aufgeteilt. Da muss jedes Land für sich selbst abwägen, ob populistischer Nationalismus, der vielleicht kurzfristig hilft, eine Dauerlösung sein kann.“

Abendzeitung | 23. Juli 2018  
Du kommst doch aus Bayern. Was ist denn da los? Interview mit Nadja Hirsch

## Meine Arbeit in Zahlen

Nadja Hirsch im Europäischen Parlament 2017 bis 2019

10 Reden im Plenum



36 Entschließungsanträge



20 Schriftliche Anfragen



3 Berichte als Schattenberichterstatterin



91 Presseartikel



9 Fernsehauftritte



5 Gastbeiträge



34 Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung



Da die Türkei trotzdem immer noch den Status eines EU-Beitrittskandidaten innehat, veröffentlicht die EU-Kommission einmal pro Jahr eine umfassende Bewertung der Beitrittsbemühungen. Der jährliche EU-Fortschrittsbericht orientiert sich in seinem Aufbau an den Kopenhagener Kriterien, in denen die Bedingungen für einen EU-Beitritt formuliert sind, darunter auch politische und rechtsstaatliche Kriterien. Wie zu erwarten war, fiel der 2018er Bericht vernichtend aus: Erdoğan's Türkei rutscht weiter in die Autokratie ab, Rechtsstaat und freie Medien werden ausgehöhlt.

Wir als Europäisches Parlament müssen der Perspektive eines baldigen EU-Beitritts endlich eine klare Absage erteilen. Angesichts des Umbaus der türkischen Demokratie in eine autoritäre Präsidialrepublik und des steigenden politischen Drucks auf Akteure

der Zivilgesellschaft, z.B. unabhängige Nichtregierungsorganisationen, die freie Wissenschaftslandschaft und die freien Medien (inklusive Social Media) kann es kein 'weiter so' in der Türkeipolitik geben. Einen ersten Teilerfolg konnten wir 2018 bereits erringen: Die finanziellen Heranführungshilfen würden stark gekürzt. Parallel dazu sollten wir die liberalen und demokratischen Kräfte innerhalb der türkischen Zivilgesellschaft stärker unterstützen.

## Kurzvita

Nadja Hirsch (geb. 1978) studierte von 1998 bis 2005 Psychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und ergänzend von 1999 bis 2002 Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität in Hagen. In St. Gallen machte sie zudem ihren MBA und ließ sie sich an der Münchner Ludwig-Maximilians Universität zur Wirtschaftsmediatorin ausbilden.

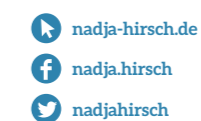
Seit 1999 ist Hirsch Mitglied bei den Freien Demokraten und bei den Jungen Liberalen. Von 2002 bis 2009 saß sie für die FDP im Stadtrat der Landeshauptstadt München, seit 2008 als stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Von 2009 bis 2014 gehörte sie schon einmal der FDP im Europäischen Parlament an. Sie war stellvertretende Ausschussvorsitzende und medien- und netzpolitische Sprecherin der FDP im EP. Seit 2014 ist sie stellv. Vorsitzende des BFA Medien und Digitales.

Nach dem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament 2014 war Nadja Hirsch stellvertretende Geschäftsführerin der Handelsblatt Global Edition in Berlin und leitete im Anschluss die Unternehmenskommunikation eines der größten FinTechs in Europa. 2017 gründete sie ihr eigenes Start-up 'Coachoo' in München.

Im November 2017 kehrte Nadja Hirsch ins Europäische Parlament zurück und vertritt die ALDE-Fraktion im Handelsausschuss sowie als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt. Zudem ist sie Mitglied im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei.

## Kontakt

Nadja Hirsch | Europäisches Parlament  
ASP 086265 | 60, rue Wiertz | 1047 Brüssel | Telefon +32 2 28 45572  
nadja.hirsch@ep.europa.eu





**Wolf Klinz**

Mitglied des Europäischen Parlaments  
Mitglied im Präsidium der FDP



Ich kämpfe für eine EU-Politik, die rechnen kann. Im Europäischen Parlament habe ich in den vergangenen Jahren deshalb daran gearbeitet, den Euro zukunftsfest zu machen, den Binnenmarkt zu vollenden, den Steuerbetrug zu bekämpfen und den Haushalt der Europäischen Union effizienter zu gestalten. Nur so wird ein Europa der wirtschaftlichen Stärke möglich. Als Mitglied im Präsidium der FDP war es dementsprechend mein Hauptanliegen, die wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele der Partei und der Bundestagsfraktion mit denen der Europaabgeordneten in den einzelnen Fachausschüssen erfolgreich abzugleichen. Wir wollen keine Schuldenunion, sondern ein Europa, in dem finanziell solide gewirtschaftet wird und die gemeinsamen Regeln eingehalten werden.

**Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion**

Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion bleibt eines der wichtigsten politischen Ziele, um den Euro zukunftsfest zu machen. Turbulenzen auf den europäischen Anleihemärkten im Zuge der Regierungsbildung in Italien verdeutlichen, dass die Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion noch immer nicht krisenfest ist. Zinsaufschläge auch auf portugiesische und spanische Staatsanleihen zeigen, dass weiterhin Zweifel an der Nachhaltigkeit und der Stabilität des Euro bestehen.

Als Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung habe ich mich deshalb dafür eingesetzt, dass die Bankenunion krisenfest gemacht und eine Kapitalmarktunion geschaffen wird. Reformen müssen dabei der Prämisse 'Solidarität gegen Solidität' entsprechen. Entscheidung und Haftung dürfen nicht auseinanderfallen. Solange die Euroländer autonom über ihre Politik entscheiden, wäre es falsch, sie gemeinsam für die Konsequenzen dieser Politik haften zu lassen.

Entsprechend habe ich verlangt, dass vor der Einführung einer europäischen Einlagensicherung zunächst die Verschuldung der Banken in den Mitgliedstaaten auf einen niedrigen Prozentsatz gesenkt wird und begleitende nationale Einlagensicherungssysteme voll funktionstüchtig gemacht werden.

Um eine verbesserte wirtschaftliche Konvergenz in der EU zu erreichen, habe ich mich darüber hinaus als Verhandlungsführer der Liberalen im Europäischen Parlament dafür eingesetzt, dass die europäischen Aufsichtsbehörden (ESMA, EIOPA, EBA) gestärkt werden. Nach wiederholten Geldwäsche-Skandalen in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union war eine Reform der EU-Finanzaufsicht mehr



Juni 2018: Dr. Wolf Klinz beim 'March for a new Europe' in Berlin, auf dem engagierte Bürger für ein erneuertes und besseres Europa demonstrierten

als angebracht. Um ein einheitliches Regelwerk zu schaffen, kann es nicht unterschiedliche Durchsetzungspraktiken geben. Eine stärkere Konvergenz der Aufsichtskulturen und -praktiken in Europa wird die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Finanzkrise reduzieren.

Auch der Brexit hat eine wichtige Rolle bei den Finanzthemen gespielt. Aus liberaler Sicht ist das Ausscheiden Großbritanniens als zweitgrößte Volkswirtschaft der EU, die sich mehr als andere Staaten für offene Märkte und Wettbewerb eingesetzt hat, sehr bedauernd.

Unmittelbare praktische Herausforderungen im Zuge des Brexits ergaben sich vor allem bezüglich des Euroclearing. Dass sich die größten Clearinghäuser für Transaktionen in Euro im Vereinigten Königreich befinden, sorgte bereits vor dem Brexit-Referendum für Probleme, da das Vereinigte Königreich nicht Teil des Euroraums ist. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass im Zuge der



Brexitverhandlungen sichergestellt wird, dass die EU die Aufsicht über das Euro-Clearinggeschäft behält und das Euro-Clearinggeschäft über Standortbedingungen gegebenenfalls in die EU verlagern kann. Aufgrund dieses Drucks des Europäischen Parlaments lässt sich feststellen, dass seit einiger Zeit immer mehr Euro-Zinsderivategeschäft von London nach Frankfurt abwandert.

Eine kompromisslose Linie habe ich hinsichtlich der Idee der Europäischen Kommission verfolgt, staatsanleihebesicherte Wertpapiere, sogenannte SBBS, einzuführen. Dabei handelt es sich um strukturierte Wertpapiere, die aus einem Bündel von Staatspapieren aller Euro-Länder bestehen und bei dem grundsätzlich jedes Euro-Land in Proportion zu seiner Wirtschaftskraft vertreten ist. Indem Anleger die Bündel kaufen, kaufen sie automatisch die Papiere

der schwächeren Euro-Länder mit und verschaffen ihnen einen Marktzugang, der sonst vielleicht nicht vorhanden wäre. Warren Buffett bezeichnete strukturierte Wertpapiere dieser Art während der Finanzkrise als Massenvernichtungswaffen. Ich lehne 'Eurobonds durch die Hintertür' vehement ab. Ich bin überzeugt, dass Divergenzen in der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Euro-Staaten sich nicht durch künstlich nivellierte Zinsen überdecken lassen. Wer europäische Staatsanleihen verbrieft, will die Haftung vergemeinschaften und den Wettbewerb ausschalten. Überschuldete Staaten würden dadurch ermuntert, sich noch mehr zu verschulden.

Um die Verbindung von Staaten und Banken zu durchbrechen, sollten Staatsanleihen als Anlageklasse nicht länger privilegiert und Banken verpflichtet werden, für die Staatsanleihen in ihren Büchern Eigenkapital vorzuhalten. Die Höhe der Eigenkapitalforderungen sollte sich an der Höhe der Staatsverschuldung des jeweiligen Landes im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung orientieren. Dadurch wäre für die Banken auch bei Staatsanleihen nicht länger die Nationalität, sondern die Solidität des Kreditnehmers das entscheidende Bewertungskriterium.

Entsprechend habe ich verlangt, dass die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds mit Eigenkapitalanforderungen für Staatsanleihen gekoppelt werden soll. Grundsätzlich ist es richtig, den Europäischen Stabilitätsmechanismus abzusuchen und zum Europäischen Währungsfonds weiterzuentwickeln sowie im Rechtsrahmen der EU zu verankern. Deutschland wird weiterhin über ein Veto verfügen und der Bundestag wird weiterhin über die deutsche Position mitentscheiden müssen.

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass der EWF ähnlich zur EZB unabhängig wird, um volkswirtschaftliche Analysen von Mitgliedstaaten zu erstellen, und gegebenenfalls Rettungs- und Reformprogramme für Krisenstaaten sowie die Überwachung dieser Programme zum Wohle der gesamten Union durchführen zu können. ESM-Programme müssen auch in Zukunft streng an die Umsetzung von Reformen



Januar 2018: Dr. Wolf Klinz auf der 'QED Konferenz' | Diskussion über die Reform der Europäischen Aufsichtsbehörden

”  
Für eine EU-Finanzpolitik,  
die rechnen kann.

geknüpft sein. Bei Verstößen gegen die Auflagen sollte der EWF auch für die Sanktionierung zuständig sein, um eine politisch unabhängige, sachliche Bewertung der Regelbrüche zu gewährleisten. Die EU-Kommission hat sich zu oft als unwillig erwiesen, Auflagen gegenüber Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Bezüglich neuer Haushaltsinstrumente für das Euro-Währungsgebiet habe ich mich dafür ausgesprochen, dass, wenn es um die Unterstützung von Strukturformen geht, Auszahlungen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in höherem Ausmaß und deutlich niedrighschwelliger als heute von den Fortschritten abhängig gemacht werden, die die Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-Semesters

### EP-Verhandlungsverantwortung

zwischen 2004 und 2019

Verhandlungsführer  
des EPs für  
Berichte



9x

Verhandlungsführer  
des EPs für  
Stellungnahmen



5x

Verhandlungsführer  
der Liberalen für  
Berichte



34x

Verhandlungsführer  
der Liberalen für  
Stellungnahmen



13x

Parlamentarische  
Anfragen an EU-  
Kommission und Rat



34x

### Meine erreichten

### Ziele



#### EU-Finanzaufsicht gestärkt

Durch die stärkere europäische Finanzaufsicht soll die Möglichkeit einer europaweiten Finanzkrise deutlich reduziert werden.



#### Kapitalmarktunion gestärkt

Durch den vereinfachten Vertrieb von grenzüberschreitenden Investmentfonds werden die Preise für Anleger gesenkt.



#### Euro-Regeln verteidigt

EU-Gelder für Strukturformen sollen in Zukunft nur fließen, wenn die Mitgliedstaaten die Reformvorschläge der EU befolgt haben.



#### Neue Steuern bekämpft

Die europäische Besteuerung der Digitalwirtschaft wäre ein populistischer Schnellschuss, der insbesondere Deutschland mehr schadet als nutzt.



#### Haushaltseffizienz gesteigert

Zukünftig muss die Europäische Union dem Bürger innerhalb eines Jahres Rechenschaft über ihre Ausgaben ablegen.

## Presse

### Rückblick



*Wer mit diesen finanzpolitischen Hasardeuren noch immer einen gemeinsamen Eurohaushalt oder eine Vergemeinschaftung der Bankeneinlagensicherungen fordert, spielt wissentlich mit dem Feuer.*

Spiegel Online | 22. Mai 2018  
zur Koalitionseinigung der Populisten in Italien



*Die Unterstützung der Bundesregierung für die Digitalsteuer ist von kurzfristigen populistischen Instinkten getrieben, ohne die Konsequenzen für die deutschen Unternehmen ausreichend zu bedenken.*

Deutschlandfunk | 21. März 2018  
zum Vorschlag der EU-Kommission über EU-Digitalsteuer



*Die nationalen Sicherungsfonds für Spareinlagen sind in den meisten europäischen Ländern nicht gefüllt. Nur 6 der 19 Euroländer haben nach Berechnungen des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP im EU-Parlament, Wolf Klinz, die Zielausstattung erreicht.*

Frankfurter Allgemeine Zeitung | 6. Juni 2018  
zur Sicherheit der Spareinlagen in der EU



*Eine Mehrheit der Bundesbürger steht einer europäischen Arbeitslosenversicherung skeptisch gegenüber: Bei einer von Wolf Klinz in Auftrag gegebenen Befragung lehnten 59,3 Prozent den Scholz Plan ab.*

Der Spiegel | Heft 43 | 20. Oktober 2018  
zum Vorschlag der SPD über EU-Arbeitslosenversicherung



*Draghi understands that the euro is a deeply political project, and he's made a big contribution to saving it, says Wolf Klinz. His pledge to do whatever it takes was right, even though he may have subsequently taken loose monetary policy a bit farther than strictly necessary.*

Bloomberg | 27. November 2018  
zur Amtsführung des EZB-Präsidenten Mario Draghi

erzielt haben. Dabei geht es nicht darum, Staaten zu maßregeln, sondern Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten.

Bei dem Vorschlag der EU-Kommission, einen europäischen Stabilitätsmechanismus zur fiskalpolitischen Abfederung asymmetrischer Schocks zu kreieren, besteht die Gefahr, dass nationale Regierungen haushaltspolitisch schmerzhaft Entscheidungen in dem Vertrauen aufschieben werden, dass ihre Ausgaben sowieso von der EU finanziert würden. Entsprechend habe ich vorgeschlagen, dass etwaige finanzielle Unterstützungen an sehr strikte Konditionen gekoppelt werden, die sicherstellen, dass über einen Zeitraum von fünf Jahren vor der Mittelbeantragung ein Mitgliedsstaat beim Verschuldungsstand und bei der Verschuldungsentwicklung die EU-Regeln ausnahmslos befolgt haben muss, immer über ein Investment Rating verfügte und die Vorschläge des Europäischen Semesters stets umgesetzt hat.

Als Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments habe ich darüber hinaus erfolgreich durchgesetzt, dass der Vertrieb von grenzüberschreitenden Investmentfonds innerhalb der Europäischen Union vereinfacht wird. Das soll zu einem stärker integrierten Binnenmarkt für Investmentfonds führen und zu einem erweiterten Angebot an erwerblichen Investmentfonds. Das Ziel dabei ist, diversifiziertere Anlagemöglichkeiten zu schaffen, um den Wettbewerb im Investmentfondsbereich zu fördern und damit ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis für Anleger zu kreieren.

### Bekämpfung des Steuerbetrugs

Als Mitglied des Ausschusses zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung habe ich als Verhandlungsführer der Liberalen gegen Steueroasen und Geldwäsche mitgekämpft. Gleichzeitig habe ich daran gearbeitet, dass dem Mehrwertsteuerbetrug in der EU endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

Mein Hauptaugenmerk war jedoch darauf gerichtet, eine überhastet eingeführte, auf die EU beschränkte Besteuerung der Digitalwirtschaft zu verhindern. Die von der Kommission erdachte Neugestaltung der Steuersystematik droht gegen OECD-Prinzipien zu verstoßen und steht potentiell im Widerspruch zu bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen. Ganz sicher bricht sie mit dem Grundsatz, dass Besteuerung dort stattfinden muss, wo Werte geschaffen werden. Die bestehende Unterstützung für das Vorhaben ist von kurzfristigen populistischen Instinkten getrieben, ohne die Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft ausreichend zu bedenken. Exportorientierte Staaten müssten mit Vergeltungsmaßnahmen von Drittstaaten rechnen und sich langfristig auf einen Rückgang ihrer Steuereinnahmen einstellen. Der Vorschlag war ein Schnellschuss, der mehr Schaden als Nutzen würde.

### Kontrolle des EU-Haushalts

Als Mitglied des Haushaltskontrollausschusses habe ich mich dafür eingesetzt, dass jede Verschwendung von Steuergeld rigoros abgestellt wird und wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen nicht losgelöst von den relevanten volkswirtschaftlichen Kennzahlen ideologiebasiert vorangetrieben werden. Zudem habe ich erfolgreich durchgesetzt, dass zur Effizienzsteigerung und besseren Transparenz der EU-Ausgaben die EU-Institutionen zukünftig dem Bürger innerhalb eines Jahres Rechenschaft über ihre Ausgaben ablegen müssen.



Juni 2018: „Korruption ist das Krebsgeschwür der Demokratie“ | Plenarrede zur Korruptionsbekämpfung in der EU

Weiterhin fordere ich konsequent die Einführung der leistungsorientierten Budgetführung in allen Bereichen des EU Budgets: Das so genannte performance based budgeting sollte nicht nur bei Projekten und Programmen, sondern auch beim Verwaltungsbudget angewandt werden. Dadurch wird auch die Verwaltung in die Verantwortung gezogen, ihre Ausgaben an den Zielen und Maßstäben der EU zu orientieren.

Bezüglich des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens der EU habe ich mich dafür eingesetzt, dass, bevor erhöhte Budgetpositionen festgeschrieben werden, geprüft wird, auf welche Aufgaben künftig verzichtet werden kann bzw. welche schwerpunktmäßig von den Mitgliedstaaten übernommen werden können. Die Bürger vieler Mitgliedstaaten haben das Vertrauen in die Effizienz der EU-Verwaltung und die Verhältnismäßigkeit der Beiträge verloren. Offensichtliche Einsparmöglichkeiten werden nicht genutzt. So verschlingt der

Doppelsitz des Europaparlaments in Brüssel und Straßburg einen dreistelligen Millionenbetrag. Populistische Parteien nutzen diese Unzufriedenheit und haben starken Zulauf. Das gilt es zu stoppen. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen den Bürgern die Aufgaben und ihre Kosten überzeugend dargestellt werden können.

Bei der Bestimmung dessen, was im Zentrum der EU-Aufgaben steht, darf es keine heiligen Kühe geben. Weil es immer so gemacht worden ist, muss es nicht weiter so gemacht werden.

### Kurzvita

Dr. Wolf Klinz, Jahrgang 1941, studierte Wirtschaftswissenschaften in Paris, Wien und Berlin. 1963 schloss er sein Studium ab, promovierte 1965 und erwarb 1966 einen MBA am Insead in Fontainebleau.

Dr. Klinz arbeitete von 1966 bis 1970 in London, Wolfsburg und den USA in der Automobilindustrie. 1970 wurde er Mitarbeiter von McKinsey & Company in Düsseldorf, wo er 1976 zum Partner aufstieg und nach Paris wechselte. 1984 wurde er bei Landis & Gyr Mitglied der Konzernleitung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung trat er dem Vorstand der Treuhandanstalt bei. Er beendete seine berufliche Laufbahn als Vorsitzender der Hartmann & Braun-Gruppe sowie der AGIV AG. Von 2000 bis 2004 war er Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main sowie von 2003 bis 2004 Vizepräsident von Eurochambres in Brüssel.

Seit 2004 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er die ALDE Fraktion für fünf Jahre als Obmann im ECON-Ausschuss vertrat. Darüber hinaus war er von 2009 bis 2011 Vorsitzender des Sonderausschusses des Parlaments für die Finanzkrise. 2014 schied Dr. Klinz aus dem Parlament aus, trat ihm im November 2017 erneut bei. Er ist ordentliches Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON), im Haushaltskontrollausschuss (CONT) sowie im Sonderausschuss Finanzkriminalität (TAX3).

### Kontakt

Wolf Klinz | Europäisches Parlament  
ASP 086169 | 60, rue Wiertz | 1047 Brüssel | Telefon +32 2 28 45118  
wolf.klinz@ep.europa.eu

wolf-klinz.eu



## Rückblick unseres ehemaligen Vize-Präsidenten

Mit dem Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag hat auch für die FDP im EP eine neue Phase begonnen. Michael Theurer und ich sind nach Berlin gewechselt, die FDP im EP hat sich neu sortiert und mit Gesine Meissner eine erfahrene und engagierte Vorsitzende gewählt. Für mich persönlich ist eine prägende Zeit zu Ende gegangen. Nach mehr als zwölf Jahren im Europäischen Parlament und sieben Jahren als Vorsitzender der FDP im EP kämpfe ich nun in Berlin dafür, dass Deutschland sich mit liberalen Ideen in die Europäische Union einbringt. Deutschland kann nur stark sein, wenn auch Europa stark ist – das bleibt unsere liberale Überzeugung! | *Alexander Graf Lambsdorff*



### Alexander Graf Lambsdorff

Als Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Mitglied im Auswärtigen und im Handelsausschuss habe ich gemeinsam mit den ALDE-Kollegen einige wichtige Erfolge erzielt. So hat das EP offiziell die Position der FDP übernommen und fordert nun den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (EPA) mit dem Südlichen Afrika (SADC) war der erste solche Vertrag, der in Kraft treten konnte. Und die Modernisierung der Handelschutz-Instrumente war mir besonders wichtig, damit unlautere Wettbewerber keine unfairen Vorteile gegenüber unseren europäischen und deutschen Unternehmen haben.



Juni 2010: Lambsdorff als Leiter der EU-Wahlbeobachtungsmission in Guinea



November 2014: FDP-Delegation im Europäischen Parlament



November 2014: Die Abgeordneten der FDP-Delegation von 2014 – 2017 beim Fotoshooting

### Michael Theurer

Als Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss, im Haushaltskontrollausschuss, dem Panama-Papers-Untersuchungsausschuss sowie den Sonderausschüssen TAXE und TAXE 2 war es mir ein besonderes Anliegen, faire Wettbewerbsbedingungen in unserer Wirtschaft herzustellen. Dabei habe ich als Sonderberichterstatter für TAXE und TAXE 2 einen erheblichen Beitrag zur Aufklärung des LuxLeaks-Skandals leisten können, damit etwa der Bäcker um's Eck im Wettbewerb mit Starbucks nicht steuerlich benachteiligt wird.

Auch sonst habe ich mich gemeinsam mit den ALDE-Kollegen gerne mit den Großen und Mächtigen angelegt, etwa als wir EU-Kommission und Monopolkommission erfolgreich anregen, beim Thema 'Common Ownership' genauer auf die Megafonds wie Blackrock & Co. zu achten. Und schließlich konnte ich unter anderem als Schattenberichterstatter zum Thema Verbriefungen erreichen, dass mittelstandsfeindliche Regulierungen verhindert und die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen verbessert wurden.



Oktober 2015: Michael Theurer im Gespräch mit Kommissar Günther Öttinger



Mai 2014: Lambsdorff beim Wahlkampfauftritt der NEOS-Partei

# Impressum

## Stand

März 2019

## Herausgeber

Gruppe der FDP im Europäischen Parlament  
Europäisches Parlament  
ASP 8 G 310  
60, Rue Wiertz  
1047 Brüssel  
Belgien  
Telefon +32 228 45578  
www.fdp-in-europa.de

## Redaktion

Gesine Meißner MdEP | V.i.S.d.P.  
Lars Ritter | redaktionelle Leitung

Die Inhalte der einzelnen Artikel geben die Meinungen  
der Autoren wieder.

## Layout & Produktion

RAUM ZWEI  
Agentur für visuelle Kommunikation  
Peterssteinweg 10  
04107 Leipzig  
www.raum-zwei.com

## Auflage

1.000 Exemplare

## Bildnachweise

iStock/Getty: Cover, Seite 5  
Gesine Meißner: Seite 9  
Marie van Campenhorst: Seite 11  
Europäisches Parlament: Seite 19  
ALDE: Seite 21  
NEOS: Seite 25



**Wir achten auf Nachhaltigkeit**

Gedruckt auf Soporset Premium Offset, zertifiziert mit dem FSC-Siegel.



# Für Deutschland in Europa

[fdp-in-europa.de](http://fdp-in-europa.de)

